

„VERWORFENES LEBEN“ – VON DEN „ÜBERFLÜSSIGEN“ IN DER SPÄTMODERNE DURCH DEN ALLTÄGLICHEN AUSSCHLUSS

Heiner Keupp

Vortrag bei der Gedenkveranstaltung für die Opfer von „Euthanasie“ und Zwangssterilisation am
05. September 2014

Die deutsche Geschichte hat dem Begriff der „Euthanasie“, als Idee von einem guten Tod, ein für alle Mal die Bedeutung der systematischen Ermordung von Menschen eingeschrieben, die nutzlos, als überflüssig, als sozial schädlich beschrieben wurden. Wenn wir heute an den Beginn der NS-Patientenmorde erinnern, dann scheint das Lichtjahre entfernt. Für meine Studierenden ist das unvorstellbar weit weg. Es klingt nach Mittelalter, vielleicht ähnlich weit weg wie die Scheiterhaufen, auf denen Hexen in der frühen Neuzeit verbrannt wurden. Ich erzähle ihnen dann meine eigene Geschichte von der erlebten Gegenwärtigkeit der „Euthanasie“.

„Euthanasie“ im heute

Mir selber ist 1984 erst so richtig bewusst geworden, wie tief dieses nur unzureichend bearbeitete NS-Vernichtungsprogramm für psychisch Kranke noch in den Erlebnismustern der Menschen wirksam ist. Die Bayerische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie, hatte zusammen mit anderen Organisationen die Ausstellung "Heilen und Vernichten im deutschen Faschismus" nach München geholt. Im Rahmenprogramm dieser Ausstellung hatten wir auch einen Vortrag mit dem greisen Gerhard Schmidt veranstaltet, der von der amerikanischen Besatzung 1945 zum kommissarischen Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Eglfing/Haar eingesetzt worden war. Er hatte in einem nüchternen Tatsachenbericht festgehalten, was er bei seinem Dienstantritt vorfand und was er durch Dokumente und Zeugenbefragung über Art und Ausmaß des organisierten Mordes an psychisch Kranken herausfinden konnte. Er hatte in den 50er Jahren große Mühe überhaupt einen Verlag für seine Dokumentation zu finden. Erst Anfang der 80er Jahre wurde sein Buch einem breiteren Publikum bekannt (Schmidt 1983). Zu der Veranstaltung mit Herrn Schmidt kamen sehr viele Menschen, darunter eine Reihe von älteren Personen, die ich bei einer Veranstaltung dieses Typs noch nie gesehen hatte. Nach dem Vortrag melde-

te sich unter anderem auch eine Frau, die den ehemaligen Anstaltsleiter annähernd 40 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus mit unsicherer Stimme fragte, ob er wüsste, was aus dem Kind ihrer Freundin geworden sei. Sie nannte den Namen des Kindes und sagte, dass ihre Freundin nicht wüsste, wie ihr Junge gestorben sei und dass sie sich auch nicht getraut hätte, sich darüber bei der zuständigen Behörde Auskunft erteilen zu lassen. Natürlich konnte der alte Herr diese Frage nicht beantworten. Aber sie verfolgt mich bis heute. Welche tiefen Spuren haben diese psychiatrisch legitimierten und vollzogenen Massentötungen von psychisch Kranken in der deutschen Bevölkerung hinterlassen? Die Ängste sind 1945 nicht verschwunden. Eine Studentin erzählte mir nach dieser Veranstaltung, dass ihre Eltern noch heute von der Sorge bestimmt seien, dass der geistig behinderte Bruder „abgeholt“ werden könnte und deshalb versuchen sie mit allen Mitteln ihn aus dem öffentlichen Raum fern zu halten.

Das ist doch jetzt wirklich Geschichte geworden, argumentieren junge Fachkräfte in der psychosozialen Versorgung. Es sind doch gewaltige Fortschritte erzielt worden! Wir haben Sozialgesetzbücher, die weltweit kaum in ihrer Fortschrittsrhetorik zu überbieten sind. Wir haben eine Regierung, die erstaunlich schnell die UN-Konvention der Rechte von Menschen mit Behinderung ratifiziert hat und sogar auch noch gleich die UN-Konvention der Kinderrechte in vollem Umfang ratifiziert hat, was 20 Jahre in der politisch-juristischen Warteschleife versauerte. Der Rechtsstatus von Menschen, die körperlich, psychisch und sozial beeinträchtigt sind, hat offensichtlich ein Niveau erreicht, das wir uns zu Beginn der Reformaktivitäten in den 60er und 70er Jahren nicht hätten träumen lassen. Von einem Paradigmenwechsel ist die Rede, statt Exklusion soll Inklusion gefördert werden. Kann das nicht auch auf das Erfolgskonto der Sozialpsychiatrie geschrieben werden? Nur warum ist die Stimmung bei uns nicht entsprechend?

Inklusion: Programmatische Fortschrittlichkeit

„Inklusion“ oder „Große Lösung“ sind prominente Stichworte geworden, die große Ambivalenzen in den aktuellen Diskursen auslösen. Da gibt es den begeisterten Beschluss aller Fraktionen des Bayerischen Landtags, ein inklusives Schulwesen schaffen zu wollen. Und es erreicht mich der besorgte Anruf von einem der wichtigsten Anreger und Gestalter der Frühförderung, Otto Speck, der die bestehenden Förderstrukturen von Kindern mit Behinderung bedroht sieht. Mit Otto Speck verbinden mich Projekte wie die VIF (Verein für Integrationsförderung), die vor über 30 Jahren gegründet wurde und sich als Teil der „Independent-living“-Bewegung verstand. Autonomie und Assistenz waren die bestimmenden Themen.

Mit Otto Speck verbindet mich auch eine wichtige Veranstaltung zu „Community Care“ 2003 im Europäischen Jahr der Behinderten. Die innere Verbindung zwischen uns entstand aus einer ungewöhnlichen Einigkeit im thematischen Schnittbereich zwischen fortschrittlicher Sonderpädagogik und Sozialpsychiatrie. Warum ungewöhnlich? Otto Speck kam aus einer konservativ-katholischen Tradition und ich war ein Kind der 68er Bewegung. Was uns verbindet ist der leidenschaftliche Kampf um Würde, Anerkennung und Autonomie für Menschen, die den bestehenden gesellschaftlichen Normalitätsvorstellungen nicht entsprechen, und einer sozialpolitischen Gestaltung von institutionellen Hilfsangeboten, die diese Werte glaubwürdig respektieren und zu verwirklichen suchen. Inklusion tauchte da als Begriff noch nicht auf. In der Reformbewegung der Psychiatrie sprachen wir von der „Deinstitutionalisierung“ von institutioneller Ausgrenzung, um die Auflösung ausgrenzender Institutionen, von der „Rekommunalisierung psychischen Leids“. Es ging um die Schaffung gemeindenaher Einrichtungen, wir gründeten die Gemeindepsychologie, die sich in ihrem fachlichen Selbstverständnis an den Lebenswelten und sozialräumlichen Gegebenheiten der Menschen orientierte. Empowerment wurde zum Zentralbegriff eines professionellen Selbstverständnisses, das den Eigensinn und die Selbstorganisationsfähigkeit von Menschen mit Behinderung stärken sollte.

Ich beziehe mich auf diese historische Periode, weil in ihr Ziele verfolgt wurden, die jetzt mit der Ratifizierung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung regierungsamtliche Verbindlichkeit erlangt haben. Warum dann trotzdem auch Bedenken, Zweifel und kritische Distanzierung?

Inklusion klingt wie das Versprechen einer großen Freiheit, und bedeutet letztlich aber, aus Schon-, Schutz- und Ausgrenzungsräumen in dem Getriebe des globalisierten Netzwerkkapitalismus anzukommen, mit all seinen Chancen und Risiken. Verstehen wir unter Inklusion das Recht an den allgemeinen Zugangschancen zu Bildung, Freizeit, Gemeinschaft oder Konsum uneingeschränkt beteiligt zu sein, dann bedeutet es in letzter Konsequenz Teilhabe an einer kapitalistischen Gesellschaft, in der eine gnadenlose Konkurrenz um Geld, Macht und Status herrscht. Es ist eine Gesellschaft, in der vom Subjekt ein Höchstmaß an Flexibilität, Mobilität und Eigenregie verlangt wird. Ja, in letzter Konsequenz wird von den Subjekten die Realisierung der Norm vom „unternehmerischen Selbst“ verlangt. Für Menschen mit Behinderung kann Inklusion den Eintritt in eine normierte Leistungsgesellschaft bedeuten, die mit diversity nur etwas anfangen kann, wenn sie Gewinne verspricht.

Wer von der Inklusion reden will, darf von der Exklusion nicht schweigen

In der Aufbruchphase der Psychiatriereform in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ging es darum, Menschen aus der Internierung in „totalen Institutionen“ (Goffman 1972) zu befreien. „Freiheit heilt“ war eine Parole. Individualisierung wurde verstanden als "Emanzipation des Subjekts", also die Befreiung von Menschen aus kollektiven oder institutionellen Zuschreibungen und Sonderbehandlungen. Die auch in dieser Zeit angestoßene Individualisierungstheorie, die vor allem die Chancen der Individualisierung in der „Reflexiven Moderne“ herausstellte, entstand in einem gesellschaftlichen Arrangement, das sich seither erheblich gewandelt hat und das hat auch seinen Niederschlag in der Diskursarena gefunden, die sich um eine Theorie der reflexiven Modernisierung bemüht. Die positiven Erwartungen an Prozesse der Zweiten Moderne sind nicht völlig erloschen, aber die Wahrnehmung von Ambivalenzen ist schärfer geworden und damit sind auch für die problematischen Konsequenzen ins Aufmerksamkeitszentrum gerückt. An die Überlegungen zu Verwirklichungschancen, Ressourcen und Identitätskapital als Bedingungen für den souveränen Umgang mit individualisierten Lebensbedingungen anschließend ist das Faktum zu konstatieren, dass eine wachsende Anzahl von Menschen und Menschengruppen von diesen Verwirklichungschancen abgeschnitten ist, marginalisiert und aus dem Alltag von Arbeit, Politik, Konsum und Zivilgesellschaft ausgeschlossen ist oder sich so erlebt. Armut ist wieder zu einem zentralen Thema geworden, Begriffe wie „Prekariat“ oder „Exklusion“ begegnen uns und lassen sich als Indikatoren für eine tiefgreifende gesellschaftliche Transformation lesen. Die gesellschaftliche Ignoranz gegenüber der wachsenden Zahl ausgegrenzter Menschen, die lange Zeit auch das Bild der Sozialwissenschaften geprägt hatte, scheint angesichts der Dimensionen der sich vollziehenden Exklusion allmählich aufzubrechen. Aktuell erscheinen Bücher, in deren Titel die „Exklusion“ (Kronauer 2003), die „Ausgegrenzten, „Entbehrlichen“ und „Überflüssigen“ (so Bude und Willisch 2006) oder die „Ausgeschlossenen“ (Bude 2008) ins Zentrum gerückt werden. Zygmunt Bauman hat eines seiner Bücher „Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne“ (Bauman 2005) genannt. Wie wir der soziologischen Auslegung des Exklusionsthemas entnehmen können, entsteht hier eine gesellschaftliche Konstellation auf neuem Niveau, die dadurch ausgezeichnet ist, dass neben der objektiven Prekaritätsdiagnose eine subjektive Seite beleuchtet wird, die von Bude und Lantermann (2006) als „Exklusionsempfinden“ bezeichnet wird. Im gesellschaftlichen Verhältnis von Exklusion und Inklusion machen sich Veränderungen und Umbrüche bemerkbar. Diese zeigen sich aktuell im Feld der Erwerbsarbeit, im Bereich wohlfahrtsstaatlicher Regulierung und letzten Endes im Gebiet der sozialen Beziehungen selbst. Das Zusammenspiel der drei Entwicklungen führt zu einer zugespitzten Form der Exklusion. Nach Castel

(2003, S. 13) spaltet sich die Gesellschaft dabei unter der Wirkung dieser Schockwellen zunehmend in drei Zonen: Den Zonen der Inklusion, der Gefährdung oder Verwundbarkeit und der Zone der Ausschließung oder Exklusion. Eine genaue Analyse der Zonen Verwundbarkeit und der Ausschließung ist erforderlich, um noch genauer herauszufinden, woran das Zugehörigkeitsbegehren in seiner Verwirklichung scheitern kann und die Idee der „Selbstsorge“ (vgl. Lantermann et al. 2008) sich illusionär verflüchtigt. Wie kann verhindert werden, dass das Zugehörigkeitsbegehren von Menschen mit Behinderung zur Erfahrung eines neuen „Trichters des Ausschlusses“ (Goffman 1972) wird?

Unbehagen in einer verunsicherten Gesellschaft

Wie ist es möglich, dass es zunehmende solchen skeptischen Analysen gibt? Geht es denn uns Deutschen nicht wirklich gut, vor allem im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Ländern, von den außereuropäischen gar nicht zu sprechen? Jedenfalls ist der volkswirtschaftliche Zustand des Landes mehr als befriedigend. Für viele Zuwanderer scheint die Bundesrepublik das „gelobte Land“ zu sein. Trotzdem wird in aktuellen Analysen dieses Land als „erschöpfte Gesellschaft“ (Grünwald 2013) oder als „Gesellschaft der Angst“ (Bude 2014). Auch von einer „Politik der Angst“ (Nussbaum 2014) ist die Rede. Da werden mentale Strömungen angesprochen, die einer genaueren Analyse bedürfen, denn Sie sind entscheidend für das Exklusionsempfinden vieler Gruppen.

Die mentale Verfassung in Deutschland zeigt, dass die aufsteigende Kurve der ökonomischen Prosperität einen hohen psychosozialen Preis fordert und vor allem nicht alle BürgerInnen mitnimmt. Die Abstiegsängste haben längst die Mittelschichten erreicht, die ahnen, spüren oder erleben, dass man sich auf die Absicherung der eigenen beruflichen und persönlichen Perspektive nicht mehr verlassen kann und die Anforderungen der Zugehörigkeit zu einem scheinbar gesicherten Mittelfeld permanent steigen.

Zu beobachten ist verbreitetes gesellschaftliches Unbehagen, das nicht neu ist, aber veränderte Ursachen hat. Das Grundgefühl, dass sich die Lebensgrundlagen im globalisierten Netzwerkkapitalismus dramatisch verändern, breitet sich global aus. Alles spricht dafür, dass in dieser Veränderungsdynamik die vertrauten Orientierungsprofile der Menschen und ihre Identitäten erschüttert werden und neu justiert werden müssen. Sigmund Freud (1930) hat in seinem berühmten Buch „Das Unbehagen in der Kultur“ das Dilemma des modernen Menschen beschrieben, der für die zivilisatorische Leistung von Sicherheit und Berechenbarkeit in seiner Lebenswelt auf das ungezügelte Ausleben seiner Begierden verzichten muss.

In seinem Buch „Das Unbehagen in der Postmoderne“, in dem Zygmunt Bauman (1999) nach sieben Jahrzehnten an Freuds Klassiker anknüpft, stellt er die Diagnose, dass alle Regulative der Moderne heute demontiert werden und die individuelle Freiheit an die Stelle institutioneller Sicherheitsgaranten tritt. Kürzlich hat auch Alain Ehrenberg (2012) an diesen Gedanken angeknüpft und die Grenzenlosigkeit der vorherrschenden Autonomieideologie für das Unbehagen verantwortlich gemacht. Die Subjekte finden für ihre Selbstverwirklichungsansprüche kein erreichbares Maß. Das „Unbehagen“ bleibt, aber die Ursachen dafür haben sich grundlegend verändert.

Indikatoren einer verunsicherten/entsicherten Gesellschaft

Die Verunsicherungen und Zukunftsängste lassen sich an einigen Indikatoren festmachen:

- *Eine ungebremsste Beschleunigungsgesellschaft und die mit ihr verknüpften Zuwachsraten bei Burnout und Depressionen*

Der globale Kapitalismus hat ein Beschleunigungsregime etabliert, das in die private und berufliche Lebensführung jedes einzelnen Menschen dramatisch eingreift. Eine Folge dieser Entwicklung zu einer „Speed“-Gesellschaft sind die enormen Zuwachsraten bei psychischen Belastungen und Störungen. Alle Krankenkassen vermelden solche Daten. Von „erschöpfender Arbeit“ (Keupp & Dill 2010) oder vom „erschöpften Selbst“ (Ehrenberg 2008) ist die Rede. Es ist notwendig, den gesellschaftlichen Rahmen in den Blick zu nehmen und danach zu fragen, wie er einerseits den einzelnen Menschen mit Erwartungen und Ansprüchen fordert und zunehmend überfordert und andererseits die „vereinzelten Einzelnen“ damit alleine lässt. Hier ist keine strategische Böswilligkeit zu unterstellen, sondern da ist eher ein Auto auf rasanter Fahrt, in dem zwar ständig das Gaspedal gedrückt wird, aber ein Bremspedal scheint es nicht zu geben. Wir haben es mit einer tiefen Krise im gesellschaftlichen Selbstverständnis zu tun, das sich nicht einmal mehr über unterschiedliche mögliche Zielvorstellungen streitet, sondern einfach keine mehr hat. Es gibt kaum eine Idee über den Tag hinaus und auf allen Ebenen sehen wir das, was Christopher Lasch (1984) in seiner Diagnose vom „minimal self“ schon Mitte der 1980er Jahre festgestellt hatte und Jürgen Habermas (1985) zur gleichen Zeit meinte, als er analysierte, uns seien die „utopischen Energien“ ausgegangen; ganz präzise zitiert, ist bei ihm von der „Erschöpfung der utopischen Energien“ die Rede. Es geht um Problemlösungen für den Augenblick, der Tag, die Legislaturperiode oder der anstehende Quartalsbericht muss überstehen werden. Die mangelnde Zielorientierung verbirgt sich, ohne sich wirklich verstecken zu können, hinter

phrasenhaft verwendeten Begriffen wie „Reform“, „Vision“ oder „Leitbild“. In hektischer Betriebsamkeit wird jeden Tag eine Lösung verworfen und wie in einem Hamsterrad wird die gleiche Inszenierung noch einmal aufgelegt, aber wieder wird sie als „Reform“, „Vision“ oder „Leitbild“ verkauft. Keiner glaubt mehr daran, es ist eine Art kollektiver „Wiederholungszwang“ oder eine „manische“ Verleugnung der Ziel- und Aussichtslosigkeit. Hier zeichnet sich eine Gesamtsituation ab, die man mit dem Begriff „erschöpfte Gesellschaft“ überschreiben könnte.

- *Ein wachsenden Gerechtigkeitsdefizit auf Grund einer steigenden Armut-/Reichtumsschere*

Das Exklusionsempfinden von Menschen wird in einem reichen Land stark geprägt durch materielle und soziale Teilhabechancen. Wenn sich eine wachsende Zahl von Menschen als „abgehängtes Prekariat“ erleben, dann verweist das auf ein erhebliches Gerechtigkeitsdefizit in Deutschland. Gesundheit, Bildung und Teilhabe sind an den Zugang zu materiellen Ressourcen gebunden, deshalb wird ein Mangel in diesem Bereich als besondere Form „verworfenen Lebens“ erlebt. Gesellschaften, in denen die Schere zwischen arm und reich groß ist und größer wird, weisen besonders negative Auswirkungen auf den durchschnittlichen psychosozialen und gesundheitlichen Status der jeweiligen Bevölkerung auf. Das Sozialstaatsmodell auf der Basis der Hartz Gesetze, das als Garant des deutschen Wohlstandsmodells gefeiert wird, nimmt diese Entwicklung bewusst in Kauf und verbaut Menschen die Chance auf Verwirklichungschancen auf ein selbstbestimmtes Leben.

- *Erbarmungslosigkeit gegenüber den globalen Flüchtlingsströmen*

„Das Boot ist voll“ – mit dieser Metapher ist eine juristische und mentale Mauer um Europa gebaut worden. Wir beklagen die Hartherzigkeit mancher Ländern, die den Flüchtlingen aus dem nationalsozialistischen Deutschland die Grenzen nicht weit genug geöffnet hätten. Aber genau dieser Vorwurf muss unsere eigene Adresse gerichtet werden. Obwohl Zuwanderung in Deutschland nicht nur gewünscht, sondern gefordert ist, erleben wir eine erschreckende Haltung gegenüber den Flüchtlingsströmen dieser Welt. Ich reise als Gastprofessor einer italienischen Universität regelmäßig von Süden kommend über den Brenner. Fast aus jedem Zug werden Personen spätestens in Rosenheim, aber oft schon in Innsbruck, von der Polizei abgeführt. So wurden aus meinem Abteil zwei junge tunesische Ingenieure von der Polizei festgenommen und in Handschellen abgeführt, die über Lampedusa nach Europa kamen und hier eine berufliche Zukunft zu finden. Das hatten sie mir erzählt und naiv wie ich war, habe ich ihnen auch Mut gemacht, denn in Deutschland wird ja längst von einem Facharbeitermangel gesprochen. Wir feiern den arabischen Frühling, wir sind natürlich gegen Assad und noch mehr gegen die Mörderbande vom „Islamischen Staat“, aber wir die Anzahl der Flüchtlinge

aus Syrien und dem Irak werden höchst restriktiv kontingentiert und von einer wie auch gestalteten „Willkommenskultur“ sind wird himmelweit entfernt. Wir erfinden Wortungetüme wie „Armutsmigration“, die rechtfertigen sollen, dass von existentieller Armut getriebene Menschen kein Recht hätten, zu uns zu kommen. Zuwanderung muss sein, aber sie soll an strengen Kriterien der Nützlichkeit für Deutschland geknüpft werden. Rolf Rosenbrock, der Präsident des Paritätischen hat es in einer Rede kürzlich so ausgedrückt und bezieht sich dabei auf das Menschenbild des vom Finanzmarkt getriebenen Kapitalismus: „Es ist die Hegemonie des Utilitarismus, die zunehmende Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche mit der Logik des individuellen Tausches und der individuellen Maximierung des materiellen Nutzens, es ist die Kolonialisierung der der Lebenswelten durch das Denken und Fühlen in Kategorien des Marktes. Dieses Denken hat noch vor wenigen Jahrzehnten undenkbbare Fragen nahezu gesellschaftsfähig gemacht“ (2014, S. 4).

Noch drastischer hat Zygmunt Bauman (1992) die Folgen dieses Denkens in Kategorien des ökonomischen Nutzens gekennzeichnet: "Die postmoderne Welt des fröhlichen Durcheinander wird an den Grenzen sorgfältig von Söldnertruppen bewacht, die nicht weniger grausam sind als die, die von den Verwaltern der jetzt aufgegebenen Globalordnung angeheuert waren. Lächelnde Banken strahlen nur ihre jetzigen und zukünftigen Kunden an (...) Höfliche Toleranz gilt nur für diejenigen, die hereingelassen werden. Und so scheint die Grenzziehung zwischen dem Drinnen und Draußen nichts von ihrer Gewalttätigkeit und genozidalen Kraft verloren zu haben" (S. 317). In seinem allerneuesten Buch mit dem vielsagenden Titel „Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne“ (2005) zeigt Bauman, dass die modernen kapitalistischen Gesellschaften ständig menschlichen Abfall produziert, Menschen, die niemand braucht und die übersehen werden, obwohl die Gruppen immer größer werden: Ortlose Migranten, Flüchtlinge und für „überflüssig“ gehaltene Menschen. Sie leben unter uns, aber gehören nicht dazu.

- *Rechtspopulistische Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft*

Auch wenn offen rechtsradikale Parteien aus den deutschen Parlamenten eher verschwinden, besteht kein Grund zur Beruhigung. Rechtspopulistische Positionen sind längst in der Mitte der Gesellschaft salonfähig geworden.

Wie unter anderem die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene und viel beachtete Studie "Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010" belegt, ist Zustimmung zu rechtsextremem Gedankengut kein randständiges Problem. Gut jeder vierte Deutsche befürwortet laut Studie eine "starke Partei", die "die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert". Mehr als jeder

Zehnte wünscht sich einen "Führer, der Deutschland zum Wohle aller mit harter Hand regiert". Jeder zehnte Bundesbürger hält die Diktatur für die bessere Staatsform. Hinzu kommt, dass Fremdenfeindlichkeit weit verbreitet ist: Mehr als 30 Prozent der Deutschen stimmen den Aussagen zu "Ausländer kommen, um den Sozialstaat auszunutzen" und: "Bei knappen Arbeitsplätzen sollte man Ausländer wieder in ihre Heimat schicken". Im Schlusswort der Studie heißt es deshalb: "Der Wunsch nach Diktatur und die Zunahme von Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit und Sozialdarwinismus gefährden die Demokratie."

Die Arbeitsgruppe um Wilhelm Heitmeyer (2012) untersucht seit 2002 in jährlichem Abstand unter dem Titel „Deutsche Zustände“ die mentalen Reaktionen auf die aktuelle soziokulturelle-politische Situation. Befragt wird eine repräsentativ ausgewählte Gruppe von 3000 deutschen BürgerInnen. Sie beobachten ein stärker werdendes mentales Muster, das als „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ bezeichnet wird. Es meint die latente bis offene Bereitschaft, Gruppen von Menschen auszugrenzen, sie außerhalb der selbstgezogenen Wir-Grenzen zu stellen. Einbezogen sind in dieses Muster rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische, heterophobische, islamphobische und sexistische Einstellungen und die Betonung von Vorrechten der Etablierten, also derjenigen, die schon immer hier leben. Diese Einstellungsmuster tauchen meist im Zusammenhang auf und – je nach aktueller Problematik – ist mal das eine Mal das andere an der Spitze. Wie sehen die Daten u.a. aus?

Rassismus: 12, 8 % stimmen der Auffassung zu, dass „die Weißen“ zu Recht in der Welt führend sind.

Fremdenfeindlichkeit: 47, 1 % finden, dass es in Deutschland zu viele Ausländer gibt.

Antisemitismus: 13,0 % sind der Überzeugung, dass Juden „zu viel Einfluss“ in Deutschland hätten; 10,0 % sehen eine Mitschuld der Juden an ihrer Verfolgung.

Heterophobie, also die Ablehnung oder Abwertung von „Abweichenden“: 38,0 % empfinden Obdachlose als „unangenehm“, 35,4 % sind für ihre Entfernung aus den Fußgängerzonen; 25,3 % empfinden Ekel, wenn sie sehen, wie sich Homosexuelle küssen.

Abwertung von Langzeitarbeitslosen: 61,2 % finden es empörend, dass sich diese auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben einrichten und 52,7 % glauben, dass sie kein Interesse daran haben, ein Job zu finden.

Islamfeindlichkeit: 22,6 % plädieren für ein Zuwanderungsverbot für Muslime und 30,2% fühlen sich wegen der vielen Muslime manchmal wie Fremde im eigenen Land.

Etabliertenvorrechte: 30,8 % sind der Auffassung, dass diejenigen, die schon immer in Deutschland leben, mehr Rechte haben sollten, als diejenigen, die zugezogen sind.

Verglichen mit den Ergebnissen der ersten Erhebung zeigen sich auch positive Befunde: Sexismus, Homophobie und Antisemitismus gehen leicht zurück. Islamfeindlichkeit und Etabliertenvorrechte bleiben auf ihrem Level aus den letzten Jahren. Deutlich höhere Werte sind auf den Skalen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und besonders dramatisch bei der Abwertung von Langzeitarbeitslosen registriert worden. Auffällig sind ein verschärftes Krisenbewusstsein und eine Bedrohung durch die gesellschaftliche Vielfalt in allen sozialen Segmenten und deutlich höhere Werte der menschenfeindlichen Gesamteinstellung bei Menschen, die sich durch Krisen bedroht fühlen. Gleichzeitig wächst das Gefühl, keinen Einfluss nehmen zu können. Hatte Heitmeyer 2003 noch die Gefahr herausgestellt, dass „scheinbar harmlose distanzierende Einstellungen sich in unsicheren Zeiten in feindselige Normalität verwandeln“ können, ja zu einem „Normalitätspanzer“ werden könnten, so fällt seine Einschätzung 2011 deutlich besorgter aus. Er spricht von einer „rohen Bürgerlichkeit“ und einem „entsicherten Bürgertum“, das Solidaritäten aufkündigt und „sich bei der Beurteilung sozialer Gruppen an den Maßstäben der kapitalistischen Nützlichkeit, der Verwertbarkeit und Effizienz orientiert und somit die Gleichwertigkeit von Menschen sowie ihre psychische und physische Integrität *antastbar* macht“ (Heitmeyer 2012, S. 34 f.). Von einer "deutlichen Vereisung des sozialen Klimas" ist die Rede.

Die Forscher betonen, dass der gepflegte Konservatismus abgestreift werde: Zivilisierte, tolerante, differenzierte Einstellungen in höheren Einkommensgruppen scheinen sich in unzivilisierte, intolerante Einstellungen zu wandeln. So nimmt beispielsweise in der höheren Einkommensgruppe (ab 2500 Euro pro Kopf; Haushaltsnettoeinkommen, umgerechnet und gewichtet nach Anzahl der Personen im Haushalt) die Zustimmung zu Etabliertenvorrechten und Islamfeindlichkeit besonders deutlich zu. Da sich die zunehmende Islamfeindlichkeit insbesondere bei höheren Einkommensgruppen zeige, wirke Bildung in diesem Fall nicht entgegen, heißt es in der Studie weiter.

Wer eine ökonomistische Sichtweise teilt - also Menschen nach ihrem Nutzen beurteilt - neigt der Studie zufolge deutlich eher zur Abwertung schwacher Gruppen. Der Zusammenhang ist bei denen besonders hoch, die sich selbst "oben" ver-

orten. Insgesamt sei "eine ökonomistische Durchdringung sozialer Verhältnisse zu registrieren".

Also: Die scheinbar saturierte Bürgerlichkeit gibt uns keine Garantie für eine Immunität gegen Rechtspopulismus, im Gegenteil, hier haben sich Haltungen verfestigt, die von einer tiefen Angst bestimmt sind (Thilo Sarrazin gibt ihr eine Stimme). Diese „entsicherte Bürgerlichkeit“ würde sich immer von rechtsextremistischer Gewalt distanzieren. Aber die Frage muss erlaubt sein, ob sie nicht die Schwelle zur Gewalt mental so absenken, dass deren Ausübung für gerechtfertigt gehalten werden kann. Auf den ersten Blick mögen sich Jugendliche rechtsradikale Täter selbst marginalisieren. Ein zweiter Blick zeigt allerdings oft, dass sie in ihren Überzeugungen durchaus aus relevanten Milieus gestützt sind, die zur gesellschaftlichen Mitte gehören. In jugendspezifischer Radikalität werden sie zu Vollstreckern von Haltungen in ihren Elternhäusern und den Stammtischen („Die quatschen ja nur, jetzt muss endlich was passieren!“).

Zivilgesellschaftliches Engagement: Heraus aus der Ohnmachtsfalle

Die beschriebenen mentalen Muster tragen jeweils mit eigenem Gewicht zur Exklusion von Menschen und Menschengruppen bei. Sie resultieren aus wachsenden Gefühlen der Ohnmacht, die diffuse Ängste und Verunsicherungen fördern. Ohnmacht angesichts nicht begreifbarer und kontrollierbarer gesellschaftlicher Verhältnisse ist kein Alleinstellungsmerkmal der Spätmoderne. In gesellschaftlichen Umbruchphasen verlieren Menschen die bislang den Alltag sichernden Handlungs-routinen, Normalitätsschablonen, Orientierungen und damit verbundene Sicherheiten. Gerade die neuzeitlichen Subjekte stürzt dies in besondere Krisen, denn sie haben ihrem Selbstverständnis nach eine für sie unkontrollierbare Natur- und Schöpfungsordnung hinter sich gelassen und fühlen sich handlungsmächtig. Ihre Welt erscheint ihnen weitgehend als ihre eigene Schöpfung, aber sie entgleitet ihnen zunehmend. Es gibt das verbreitete Gefühl des Kontrollverlustes und die regressive Sehnsucht nach den alten geordneten gesellschaftlichen Zuständen. Und natürlich sucht man Gründe für die eigenen mentalen Irritationen: Hier bekommen Verschwörungstheorien, Sündenbockangebote, rechtspopulistische Deutungen und die in die Subjekte eingeschliffenen neoliberalen Menschenbilder ihre Chance. Sie versprechen Lösungen und sind doch „Schiefheilungen“ (Freud 1921, S. 159), die eher die Ohnmacht und Angstpotentiale erhöhen. Das ist die Ohnmachtsfalle (Keupp 2013; 2014).

Aus meiner Sicht führt nur eine zivilgesellschaftliche Perspektive aus dieser Ohnmachtsfalle. „Bürgerschaftliches Engagement“ wird aus dieser Quelle der vernünft-

tigen Selbstsorge gespeist. Menschen suchen in diesem Engagement Lebenssinn, Lebensqualität und Lebensfreude und sie handeln aus einem Bewusstsein heraus, dass keine, aber auch wirklich keine externe Autorität das Recht für sich beanspruchen kann, die für das Subjekt stimmigen und befriedigenden Konzepte des richtigen und guten Lebens vorzugeben. Zugleich ist gelingende Selbstsorge von dem Bewusstsein durchdrungen, dass für die Schaffung autonomer Lebensprojekte soziale Anerkennung und Ermutigung gebraucht wird, sie steht also nicht im Widerspruch zu sozialer Empfindsamkeit, sondern sie setzen sich wechselseitig voraus. Und schließlich heißt eine „Politik der Lebensführung“ auch: Ich kann mich nicht darauf verlassen, dass meine Vorstellungen vom guten Leben im Delegationsverfahren zu verwirklichen sind. Ich muss mich einmischen. Eine solche Perspektive der Selbstsorge ist deshalb mit keiner Version „vormundschaftlicher“ Politik und Verwaltung vereinbar. Ins Zentrum rückt mit Notwendigkeit die Idee der „Zivilgesellschaft“. Diese bildet den Sauerteig einer zukunftsfähigen Demokratie. Dieser entsteht nicht aus einem moralischen Kraftakt, der den hedonistisch gesonnenen Subjekten als Opfer und Verzicht abverlangt werden muss. Er wird vielmehr aus einer Lebenspolitik der Selbstsorge erzeugt: Es ist nicht anstößig, sondern legitim und wertvoll gemeinschaftsförderliche Projekte aus eigenen Wünschen und Interessen heraus zu beginnen und voranzutreiben. Selbsthilfegruppen und die meisten Projekte bürgerschaftlichen Engagements gewinnen ihre Stärke und Vitalität genau aus einem solchen motivationalen Wurzelgeflecht.

Für mich ist Bürgerengagement ein gesellschaftliches Handlungsfeld, das sich gezielt als unabhängig von dem Kreislauf der Geldströme des globalisierten Kapitalismus versteht, das sich den Kriterien der Verbetriebswirtschaftlichung und Monetarisierung entzieht. Ich habe erst spät einen wichtigen Unterschied gelernt, den die deutsche Sprache nicht sehr gut auszudrücken vermag, den Unterschied zwischen dem „bourgeois“ und dem „citoyen“. Es geht also um die Differenz von dem Menschen, der sich am kapitalistischen Wirtschaftsgeschehen mit der Aneignung einer spezifischen Charaktermaske stromlinienförmig beteiligt und den Profit als seine Haupttriebfeder betrachtet und jenem Menschen, der den Anspruch hat, im Sinne der Aufklärung und unter Wahrung elementarer Menschenrechte sich an der Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse zu beteiligen. Diese selbstbewussten BürgerInnen, die sich einmischen, unbequem sein können, die Macht kontrollieren, sich für Bürgerrechte engagieren und den staatlichen Instanzen nicht als Untertan gegenüberstehen, die sich die Wahrung und Weiterentwicklung demokratischer Lebensformen zu ihrem Anliegen gemacht haben, galt es erst zu entdecken. Und ich habe sie entdeckt. Sie repräsentieren einen anderen Diskurs, als jenen, der mit dem Begriff des Ehrenamtes aktiviert wird. Es geht nicht um „Ehre“ und auch nicht um ein „Amt“, dem man allerdings auch als Citoyen in Deutschland

oft nicht entgehen kann.

Der gesellschaftliche Modernisierungsschub, der vor allem seit den 70er Jahren den gesellschaftlichen Grundriss der Bundesrepublik nachhaltig verändert hat, hat in Form neuer sozialer Bewegungen und Initiativen auch eine selbstaktive Gestaltungskraft hervorgebracht. Für viele neue Probleme des Alltags gab es in den traditionellen Strukturen alltäglicher Lebenswelten keinen Lösungsvorrat, auf den man einfach hätte zurückgreifen können. Für eine Reihe von neuen biographischen Konstellationen (wie z.B. die weibliche Doppeloption Familie und Beruf oder Erfahrungen von Vorruhestand) gab es keine institutionell abgesicherten Lösungsmöglichkeiten und in vielen Bereichen war das Vertrauen auf „das Bewährte“ erschüttert und gerade die neuen sozialen Bewegungen verstanden sich als kollektive Zukunftswerkstätten, in denen – im Sinne des „demokratischen Experimentalismus“ – neue Lösungsentwürfe erprobt wurden. In einer Vielzahl konkreter Projekte wurden neue Wege erprobt. Diese Projekte lassen sich verstehen als „soziale Experimentierbaustellen“, als „emanzipatorische Antworten auf Risiken der aktuellen Modernisierungsprozesse“ (Helbrecht-Jordan 1996, S. 107). Die Psychiatriereform-, die Frauen-, die Selbsthilfe- oder die ökologische Bewegung waren solche „soziale Experimentierbaustelle“ und wir brauchen sie dringender denn je!

Literatur

- Bauman, Z. (1992). *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*. Hamburg: Junius.
- Bauman, Z. (1999). *Das Unbehagen in der Postmoderne*. Hamburg: Argument-Verlag.
- Bauman, Z. (2005). *Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bude, H. & Lantermann, E.-D. (2006). Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden. In *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 58, 233 – 252.
- Bude, H. & Willisch, A. (Hg.) (2006). *Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bude, H. (2008). *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*. München: Hanser.
- Bude, H. (2014). *Gesellschaft der Angst*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Castel, R. (2003). *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: Universitätsverlag.
- Castel, R. & Dörre, K. (Hg.) (2009). *Prekariat, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt: Campus.
- Ehrenberg, A. (2008). *Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Ehrenberg, A. (2012). *Das Unbehagen in der Gesellschaft*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Freud, S. (1921). *Massenpsychologie und Ich-Analyse*. Leipzig/Wien/Zürich: Psychoanalytischer Verlag.
- Freud, S. (1930). *Das Unbehagen in der Kultur*. Leipzig/Wien/Zürich: Psychoanalytischer Verlag.

- Fromm, E. (1937). Zum Gefühl der Ohnmacht. In: Zeitschrift für Sozialforschung. Jg. VI, S. 95 – 118 (wiederabgedruckt in H.Dahmer (Hg.): Analytische Sozialpsychologie, Band 1. Frankfurt: Suhrkamp, S. 219 – 242.).
- Goffman, E. (1972). Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen. Frankfurt: Suhrkamp.
- Grünewald, S. (2013). Die erschöpfte Gesellschaft. Frankfurt: Campus.
- Habermas, J. (1985). Die Neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt: Suhrkamp.
- Helbrecht-Jordan, I. (1996). Familien zwischen Erosion und neuer sozialer Infrastruktur. Bielefeld: Kleine.
- Keupp, H. (2013). Heraus aus der Ohnmachtsfalle. Psychologische Einmischungen. Tübingen: dgvt-Verlag.
- Keupp, H. (2014). Mit Gewalt aus der Ohnmacht. Sozialpsychologische Anmerkungen zum Rechtsradikalismus. In: G.Brockhaus (Hrsg.): Attraktion der NS-Bewegung. Essen: Klartext-Verlag.
- Keupp, H. & Dill, H. (2010). Erschöpfende Arbeit. Gesundheit und Prävention in der flexiblen Arbeitswelt. Bielefeld: Transcript.
- Kronauer, M. (2002). Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt: Campus.
- Lasch, Christopher (1984). The minimal self. Psychic survival in troubled times. New York: W.W.Norton.
- Nussbaum, M. (2014). Die neue religiöse Intoleranz. Ein Ausweg aus der Politik der Angst. Darmstadt: WBG.
- Rosenbrock, R. (2014). 90 Jahre Parität: Ausblick und Verpflichtung. Rede zum 90. Geburtstag des Paritätischen am 7. April 2014. Sonderdruck: Der Paritätische Gesamtverband.
- Schmidt, G. (1983). Selektion in der Heilanstalt 1939 - 1945. Frankfurt: Suhrkamp.